

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

Bombenanschlag in Kathmandu

Maoistische Rebellen haben am 30. Mai im Stadtzentrum von Kathmandu in einem Bus der staatseigenen Kooperative (*Sajha*) eine Bombe gezündet. Dabei wurden über 20 Menschen verletzt, eine Person erlag kurze Zeit später im Krankenhaus den dabei erlittenen Verletzungen. In einer von *Nepalnews* zitierten Erklärung der Maoisten zu dem Anschlag hieß es, er sei als Vergeltung dafür gedacht, daß sich die *Sajha*-Kooperative wiederholt über den von den Rebellen ausgerufenen Generalstreik (*Bandh*) hinweggesetzt habe.

Gleichzeitig erneuerten die Maoisten ihre Aufforderung, den Betrieb der staatseigenen Omnibusse und *Sajha*-Busse im ganzen Land einzustellen. Im gleichen Schreiben wurde die Öffentlichkeit aufgefordert, diese Busse in Zukunft nicht mehr zu benutzen. Außerdem enthielt es eine Aufforderung an alle Menschen im Land, ihre Solidarität mit den landeswei-

ten Generalstreiks zum Ausdruck zu bringen, die von verschiedenen Unterorganisationen der *Communist Party Nepal* (*Maoist*) für die Tage des 2., 10., 11. und 12. Juni diesen Jahres ausgerufen wurden.

Die ebenfalls mit der CPN (M) verbundene Studentenvereinigung *All Nepal National Independent Students' Union-Revolutionary* (ANNISU-R) startete am 6. Juni einen weiteren, zeitlich nicht begrenzten *Bandh* aller Bildungseinrichtungen im Land. Dieser soll so lange andauern, bis mit der Regierung und den Bildungseinrichtungen getroffene Vereinbarungen zur Verbesserung der Bildungssituation umgesetzt sind. Im vergangenen Jahr hatte die nepalische Regierung unter anderem die Einführung freier allgemeiner Schulbildung bis zum 16. Lebensjahr versprochen.

Bildungsnotstand in Siraha Distrikt

Wie die nepalische Tageszeitung *Kantipur* berichtet, sollen 80 Prozent aller Grundschüler im ostnepalischen Siraha Distrikt ihre Schulausbildung abgebrochen haben, weil die für den Unterricht notwendigen Schulbücher nicht verfügbar waren. Die Regierung und die staatlichen Schulbehörden im Distrikt sind für die kostenlose Bereitstellung der Schulbücher an die öffentlichen Schulen verantwortlich. Die Lieferung erfolgt durch die staatliche Kooperative *Sajha Publications*. Diese hat jedoch die Bücher nicht rechtzeitig erhalten, da sämtliche *Sajha*-Einrichtungen von den Maoisten bestreikt werden.

Maoisten verschleppen 1.000 Zivilisten

Wie die nepalische Nachrichtenagentur *Nepalnews* am 20. Mai unter Berufung auf entsprechende Berichte aus Westnepal meldete, wurden tags zuvor mehr als 1.000 Zivilisten aus verschiedenen Dörfern des Kailali Distrikts in Westnepal von maoistische Rebellen zwangsverschleppt. Mehrere hundert bewaffnete Kämpfer seien in die im nördlichen Teil des Distrikts gelegenen Dörfer eingedrungen und hätten die Dorfbewohner - unter ihnen auch zahlreiche Frauen, Kinder und ältere Menschen - an unbekannte Orte gebracht.

Die Rebellen hätten versprochen, die Verschleppten wieder frei zu lassen, sobald ihre „Volksmarsch-Kampagne“ beendet sei. In der letzten Zeit hatte es in Westnepal vor allem in den abgelegeneren Teilen von Kailali, Kanchanpur und einigen angrenzenden Distrikten zahlreiche ähnliche Massenentführungen gegeben. Sie werden mit Zwangsverpflichtungen zu Schulungsprogrammen und mit Versuchen der Maoisten in Verbindung gebracht, Milizen für den Kampf gegen die königliche Armee aufzubauen.

Bürgermeister von Kathmandu zurückgetreten

Der Bürgermeister von *Kathmandu Metropolitan City* (KMC), Keshab Shapit, ist zusammen mit seinem Stellvertreter Raja Ram Shrestha und 34 weiteren Stadtvorstehern am 23. Mai von seinem Amt zurückgetreten. Wie die Nachrichtenagentur *Nepalnews* meldete, sollen die Rücktritte auf Druck der Maoisten erfolgt sein. Bereits Tage zuvor hatte es Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des

populären Stadtoberhaupts gegeben. Die zurückgetretenen KMC-Mitglieder hatten ihre Entscheidung offiziell mit „nationalem Interesse in einem sich verändernden politischen Umfeld“ begründet. Shapit und die anderen KMC-Mitglieder waren zuvor in einem Brief der Maoisten aufgefordert worden, umgehend von ihren Posten zurückzutreten.

... Im Überblick ...

Streit wegen britischer Militärhilfe

Kauf und Lieferung von zwei Aufklärungsflugzeugen vom Typ *BN2T Islander* an die Königlich-Nepalische Armee sorgen nach einem Bericht der Tageszeitung *The Observer* für erhebliche Mißstimmung im Vereinigten Königreich. Dabei soll es sich bereits um das dritte „Geschenk“ militärischer Rüstungsgüter innerhalb von drei Jahren an Nepal handeln. Schon 2002 waren von dort zwei russische Militärhubschrauber gekauft und nach Nepal geliefert worden.

Die britische Militärhilfe erfolgt ausgerechnet in einer Phase zunehmender Instabilität in Nepal, in der Menschenrechtsverletzungen im Konflikt zwischen den nepalischen Sicherheitskräften und den in der *Communist Party Nepal (Maoist)* organisierten maoistischen Rebellen an der Tagesordnung sind. Die staatliche britische Entwicklungshilfeorganisation DFID soll wütend auf Verteidigungsminister Geoffrey Hoon sein, der die für den Kauf erforderlichen 2,7 Millionen Pfund aus

Haushaltsmitteln finanzieren möchte, die eigentlich zur globalen Konfliktprävention gedacht sind. Dieser „*Global Conflict Prevention Pool*“ genannte Finanztopf wird normalerweise für Nahrungshilfe und ähnliche zivile Hilfsprogramme verwendet.

DFID fürchtet, daß die Gewalt in Nepal durch die Militärhilfe weiter eskalieren könnte. Aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage hatte die Organisation wie auch die deutsche GTZ am 6. Mai diesen Jahres sämtliche Hilfsprojekte in Westnepal eingestellt. Sir Menzies Campbell, stellvertretender Führer der liberalen Demokraten (LDP) äußerte sich kritisch zur widersprüchlichen Haltung der britischen Regierung: „DFID stellt seine Hilfsprogramme wegen der Berichte über zunehmende Menschenrechtsverletzungen ein. Gleichzeitig liefert die Regierung Rüstungsgüter, die zur Unterdrückung verwendet werden können. Die Regierung sollte an einem Strang ziehen.“

Entwicklungsprojekte gestoppt

Verschiedene in Nepal arbeitende internationale Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, darunter die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), haben ihre Projektarbeit in fünf Distrikten Westnepals - Kailali, Jumla, Humla, Mugu und Dolpa - eingestellt, die aufgrund fehlender Infrastruktur und weitgehender Vernachlässigung durch staatliche und internationale Entwicklungsprogramme zu den rückständigsten Distrikten in ganz Nepal zählen. Die internationalen Organisationen

sahen sich laut *Nepalnews* angesichts zunehmender Drohungen seitens maoistischer Rebellen zur Einstellung der Projektarbeit gezwungen, da die Sicherheit ihrer Projektmitarbeiter nicht länger garantiert werden konnte. „Die Maoisten haben in den letzten Wochen in Nepalgunj und Dhangadhi ernstzunehmende Forderungen und Drohungen gegen eine Reihe von Entwicklungshilfeorganisationen erhoben“, hieß es in der Stellungnahme dazu. Von der Programmschließung sind etwa 25.000 Menschen betroffen.

Rebellenchef Prachanda für Roundtable-Konferenz mit UN-Beteiligung

Laut einer Meldung der nepalischen Nachrichtenagentur vom 17. Mai hat der Generalsekretär der *Communist Party Nepal (Maoist)*, Prachanda, in einer öffentlichen Erklärung die Einrichtung einer *Roundtable*-Konferenz als möglichen Weg zur Beendigung des bewaffneten Konflikts gefordert. Eine ähnlich lautende Stellungnahme der Maoisten war bereits eine Woche zuvor von Baburam Bhattarai, dem ideologischen Kopf der Rebellen, verfaßt worden.

Das Angebot der Maoisten sieht vor, daß sie gemeinsam mit Vertretern der fünf politischen Parteien, die zur Zeit eine Protestkampagne zur Wiederherstellung demokratischer Rechte in Nepal führen, sowie mit König Gyanendra, Vertretern der Zivilgesellschaft unter Beteiligung der UN an einem runden Tisch zusammenkommen, um über eine Lösung der tiefen Staatskrise in Nepal zu verhandeln. Prachanda forderte die Parteien auf, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Initiative zu ergreifen, damit ein solcher Dialog am Runden Tisch zustande kommt. Gleichzeitig warnte er davor, die Grundlage für einen solchen Dialog nicht durch das Beharren auf ein Festhalten an der jetzt gültigen Verfassung zu gefährden. Die Maoisten sehen die Bildung einer Übergangsregierung und die Erarbeitung einer neuen Verfassung durch eine zuvor gewählte verfassungsgebende Versammlung als notwendige Voraussetzung für die Beendigung des bewaffneten Konflikts an.

... Im Überblick ...

In Westnepal droht Hunger

Eine von den Maoisten ausgerufene Blockade alltäglicher Güter soll in dem in Westnepal gelegenen Distrikt Bhajang zu ernststen Versorgungsengpässen geführt haben. *Nepalnews* meldete, viele Menschen in Bhajang seien von Hunger bedroht. Unter dem Eindruck des Embargos könnten sie ihren Grundbedarf an Lebensmitteln nicht mehr decken, da sie von Channa, dem wichtigsten lokalen Markt, und auch von den Nachbardistrikten abgeschnitten seien, hieß es. „In den Dörfern gibt es keinen Reis, kein Salz und keinen Zucker mehr, nur Kartoffeln sind noch erhältlich“, klagten Bewohner der betroffenen Gegend gegenüber Journalisten der *Kathmandu Post*. Die Preise für noch verfügbare Güter seien in die Höhe geschnellt. So koste in Bhajang ein Kilogramm Reis inzwischen 55 Rupien und sei dennoch nur schwer zu erhalten.

Entwicklungshilfe „Geisel der politischen Krise“

Im Mai diesen Jahres tagte in Kathmandu das alle zwei Jahre stattfindende Treffen des *Nepal Development Forum* (NDF). Im Rahmen dieser zweitägigen internationalen Konferenz diskutierten und verhandelten Vertreter von 32 bilateralen und multilateralen Geberorganisationen mit der nepalischen Regierung über die gemeinsamen Grundlagen und Perspektiven aktueller und zukünftiger Entwicklungszusammenarbeit. Laut *Kathmandu Post* ging es dabei um Entwicklungshilfe im Gesamtvolumen von jährlich etwa 556 Millionen US-Dollar. Der Vertreter der Weltbank für die Region Südasien, Praful Patel, stellte in seiner Rede im Namen der internationalen Geberorganisationen fest, daß die Entwicklungsaktivitäten durch die Verschärfung des Konflikts stark beeinträchtigt seien. „Wenn die demokratischen Prozesse außer Kraft sind, wird die Substanz und Legitimität der Reformen geschwächt.“ Aus seiner Sicht sei die Entwicklungshilfe in Nepal zu einer „Geisel der politischen Krise“ geworden.

Amnesty international (ai) appellierte per Presseerklärung an die Adresse der Konferenzteilnehmer, die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt ihrer Gesprä-

che zu stellen. Das NDF sei eine hervorragende Gelegenheit für die internationale Gemeinschaft, die nepalische Regierung auf die bei der 60. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen im April 2004 getroffenen Übereinkünfte zu verpflichten. Unter Berufung auf die steigende Anzahl von Menschenrechtsverletzungen seitens der Regierung wie auch seitens der Maoisten hieß es in der ai-Erklärung weiter: „Die Delegierten des NDF müssen darauf bestehen, daß der Schutz und die Überwachung der Menschenrechte sowie die Wiedergutmachung begangenen Unrechts im Hinblick auf sämtliche Entwicklungspläne und internationale Entwicklungshilfe von zentraler Bedeutung sind.“ Angesichts zahlreicher Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Nepal werden Stimmen in europäischen Geberländern lauter, die fordern, Entwicklungshilfeleistungen stärker an die Einhaltung bzw. Wiederherstellung von Menschenrechten in Nepal zu koppeln. Auch Deutschland zählt seit Jahren zu den wichtigsten Geberländern in Nepal. Nepal ist Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Rotes Kreuz besorgt über die Gewalt in Nepal

Das internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) äußerte sich im Mai in einer offiziellen Stellungnahme besorgt über die Zunahme der Gewalt in Nepal und mahnte besseren Schutz von Zivilisten an. „Personen wie Zivilisten, Verwundete und Kranke sowie Personen im Freiheitsentzug einschließlich gefangener Feinde müssen in ihrer Menschenwürde respektiert werden“, hieß es dazu in ei-

ner von *Nepalnews* zitierten Erklärung. Frauen, Kinder und ältere Menschen müßten in besonderer Weise geschützt werden, heißt es darin weiter. Außerdem müsse vermieden werden, daß Minderjährige unter 18 Jahren direkt in Feindseligkeiten einbezogen werden. Bezogen auf die Militäroperationen heißt es in der Stellungnahme: „Gezielte Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte und Gewaltak-

te, die darauf angelegt sind, Terror unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten, sind verboten. Auch Befehle, keine Gefangene zu machen sowie Feinde, die sich bereits ergeben haben, zu töten oder verletzen, sind unzulässig.“

... Im Überblick

Israel will Waffen liefern

Die israelische Regierung will der nepalischen Regierung durch Waffenlieferungen dabei helfen, den Terrorismus in Nepal zu bekämpfen. Dies sagte der Direktor der Südasienabteilung im israelischen Außenministerium, Moradahi Amihe, gegenüber Journalisten der nepalischen Tageszeitung *Rajdhani* in einem Interview Anfang Mai. Demnach wies Amihe darauf hin, daß Israel die königlich-nepalische Armee bereits in der Vergangenheit mit der Lieferung von Waffen und Munition unterstützt habe. Er fügte einschränkend hinzu, daß Israel aufgrund seiner begrenzten Möglichkeiten nicht das gleiche Ausmaß an militärischer Unterstützung leisten könne, wie die USA, Großbritannien oder Indien. Allerdings sei im Interesse Nepals eine politische Lösung des Konflikts wünschenswert.

Maoistenanschlag auf Reisebus

Mindestens 13 Personen wurden bei einem Angriff maoistischer Rebellen auf einen Reisebus getötet. Dies geht aus einer Meldung von *Nepalnews* vom 9. Mai hervor. Der Reisebus, in dem sich auch Angehörige der Sicherheitskräfte saßen, war auf der Strecke zwischen Jiri und Kathmandu unterwegs, als er beschossen wurde. Weitere 20 Passagiere sollen schwer verletzt worden sein. Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, feuerten die Rebellen wahllos auf den Bus. Bei den Getöteten soll es sich um sechs Angehörige der königlich-nepalischen Armee, einen Offizier der paramilitärischen *Armed Police Force* und um sechs Zivilisten handeln. Die Sicherheitskräfte waren unterwegs, um Straßensperren zu beseitigen, die von den Rebellen errichtet worden waren. Die Verletzten wurden mit Hubschraubern zur Behandlung nach Kathmandu gebracht.

Neue US-Sturmgewehre für die Armee

Im Rahmen eines Abkommens zwischen den USA und der nepalischen Regierung traf inzwischen eine weitere Sendung mit 500 hochmodernen M-16A2-Sturmgewehren in Nepal ein. Dies berichtete die Tageszeitung *Himalayan Times*. Demnach landete auf dem *Tribhuvan International Airport* ein Transportflugzeug mit dem modernen Kriegsgerät. „Vierzig Kleinlaster wurden benutzt, um Waffen, Munition und andere militärische Ausrüstung vom Flughafen an ihren Bestimmungsort zu transportieren“, hieß es in einem entsprechenden Artikel unter Berufung auf nicht näher genannte Quellen aus dem Umfeld des Flughafenpersonals.

Die Waffenlieferung ist Teil eines Ab-

kommens, das die letzte demokratisch gewählte Regierung unter Ministerpräsident Sher Bahadur Deuba mit der US-Regierung 2002 geschlossen hatte. Es ist die dritte Teillieferung von M-16A2-Sturmgewehren nach Nepal im Rahmen dieses Vertrags. Im Januar 2003 hatten die USA erstmals 3.000 dieser Gewehre geliefert, später nochmals mehrere hundert. Das damals beschlossene Gesamtpaket soll die Lieferung von insgesamt 5.000 M-16A2-Gewehren umfassen. „Diese neue Lieferung ist Teil der regulären Militärhilfe der USA an die königlich-nepalische Armee“, ließ Armeesprecher Rajendra Bahadur Thapa auf entsprechende Nachfragen wissen.

Maoisten auf US-Terrorliste

Das US-*State Department* hat die *Communist Party of Nepal (Maoist)* auf seine sogenannte *Terrorist Exclusion List* gesetzt. Diese Maßnahme zielt vor allem darauf, Vertretern und Unterstützern der Maoisten die Einreise und den Aufenthalt in den USA zu erschweren und ihre Reise- und Bewegungsfreiheit einzuschränken. Wie *Nepalnews* meldete, wurden die Maoisten zusammen mit neun weiteren als terroristisch bezeichneten Organisationen auf diese Liste gesetzt. Damit wollen die USA „ihrer Verpflichtung gegenüber der Resolution 1373 des UN-

Sicherheitsrates nachkommen und die Bewegung von Terroristen und terroristischen Gruppen durch effektive Grenzkontrollen verhindern.“ Diese Bestimmung soll eine bereits am 23. Oktober 2003 in Kraft getretene Verfügung des US-amerikanischen Außenministeriums ergänzen. Damals - knapp zwei Monate nach dem Scheitern der Friedensgespräche in Nepal - waren die CPN (*Maoist*) und ihre Unterorganisationen auf die „*List of Terrorist Organizations*“ Washingtons gesetzt worden.